

## **„Bedeutung der Freiwilligendienste für eine aktive Bürgergesellschaft“**

### **Vortrag von Prof. Dr. Bernd Guggenberger**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir kommen zwar als gehfähige Wesen zur Welt, wissen aber sehr wohl, dass wir, um ausdauernde Läufer oder schnelle Hundertmetersprinter zu werden, sehr viel trainieren müssen. Wir kommen als sozialfähige, wichtiger vielleicht noch: als sozialbedürftige Wesen zur Welt, vergessen aber fast völlig, dass wir, um sozialkompetente oder gar sozialvirtuose Gesellschaftsteilhaber zu werden, ebenfalls sehr viel üben, d.h. unsere sozialen Gehwerkzeuge trainieren bzw. entwickeln müssen. Unsere Gesellschaft verliert die angestammten sozialen Lernorte: Familien, Schulen, Vereine, kirchliche- und Jugendgruppen. Die Wohn- und Lebenszusammenhänge in Stadtteil und Dorf bewirken nicht mehr, was sie einmal bewirkt haben: das sozial folgenreiche Zusammenbringen von Menschen, die intergenerationelle Begegnung, das wechselseitige Interesse aneinander, überdauernde verlässliche Bindungen, kurz: soziale Verdichtung. Wer das virtuelle Klassenzimmer fordert oder die Abschaffung des Lehrers alter Schule, der sollte wissen, dass die einseitig zweckorientierte Teleschule das Vielzweckmedium des Klassenzimmers, des Pausenhofs, der Turnhalle oder des Schulbusses nicht ersetzen kann. Die Lehr- und Lerngemeinschaft Schule machen auch die virtuellen „Kollektive“ des Internet nicht überflüssig. Die Schulen verfolgen, über den effektiven Erwerb von Wissen und Fertigkeiten hinaus, stets auch allgemeinere soziale Erziehungsziele. Sie haben die Aufgabe, die Persönlichkeit in all ihren Verhaltensdimensionen umfassend zu entwickeln und zum sozialen Handeln zu befähigen. Wenn diese gemeinschaftsfördernden Anforderungen durch die Schulen künftig nicht mehr erfüllt werden können, wird dies vermutlich deutliche Rückwirkungen auf die Struktur unseres Gemeinwesens haben.

Von der Nachhaltigkeit als ökologischem Handlungsparameter ist die Rede, seit es ein Bewusstsein davon gibt, dass Natur schneller zerstört wird, als diese nachwachsen kann. Wir verbrauchen auch längst das Soziale schneller, als es sich erneuern kann. Die Förderung des freiwilligen sozialen Engagements durch den aktivierenden bzw. den ermöglichenden Staat ist daher eine Art notwendiges soziales „Wiederaufforstungsprogramm“, welches sich an den Gesetzmäßigkeiten der sozialen Nachhaltigkeit orientiert.

Warum tun wir uns in unserer Gesellschaft so schwer damit, der Gemeinwohlorientierung zu ihrem Recht zu verhelfen? Meine These ist, dass wir im Prinzip nicht wissen, was das Soziale eigentlich ist. Wir verfügen über keine Philosophie und Soziologie des Sozialen, und wir kennen eben deshalb auch keine entsprechende Pädagogik, die systematisch soziales Verhalten einübte. Wir verfügen auch über keine Anerkennungskultur, die das soziale Engagement in besonderer Weise honorieren würde. Im Gegenteil: die Beispiele sind Legion, dass jemand, der die Ellenbogen einsetzt und sich sozial rücksichtslos verhält, seine Chancen sogar erhöht, von der Gemeinschaft mit Beachtung, öffentlichem Ansehen oder geldwerten Vorteilen bedacht zu werden.

Der Beitrag freier Bürgerinitiativen ist in Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Nachbarländern noch immer eine zu entdeckende Ressource, da man hierzulande stark dem Schema der Ausschließlichkeit von Markt oder Staat verhaftet ist. Die deutsche Geschichte hat das Vertrauen in die gesellschaftlichen Möglichkeiten der Selbsthilfe nicht gerade gefördert. Dabei gab es schon immer die Vereinigung aktiver, selbstbewusster, verantwortungsbereiter Bürger als Sphäre eigenen Rechts. Unter den Bedingungen einer nachreligiös-partikularen Gesellschaft pflanzen sich Gemeinsinn, Bürgertugend, Wille und Fähigkeit zur aktiven Kooperation jedoch nur fort, wenn die Gesellschaft in ausreichendem Maße soziale Lernorte anbieten kann. Das ist aus meiner Sicht die Begründung für freiwillige Tätigkeit von Jugendlichen. Die Aufgabenfelder, in denen sich jugendliche Freiwillige wiederfinden, sollten etwas von den Problemen dieser Gesellschaft vermitteln. Der gesetzlich geförderte Freiwilligendienst berücksichtigt den Grundsatz der Arbeitsmarktneutralität. Doch bereits in der Schule lernen Kinder und Jugendliche zu viele Dinge, die keinen Bezug zu dem haben, was sie später gebrauchen können. Das darf sich bei den Freiwilligendiensten nicht wiederholen, denn sie gehören mitten in das gesellschaftliche Leben. Der Gesetzgeber sollte keine künstlichen Schonräume einrichten, wenn es ihm bei der Förderung tatsächlich auch um den Abbau sozialer Ungerechtigkeit geht.

Die Debatte um Jugendgemeinschaftsdienste darf aber nicht suggerieren, dass bei der sozialen Lastenverteilung den Jugendlichen einseitig noch mehr aufgebürdet werden soll. Die Generationenlast ist jetzt schon beispiellos. Diese Feststellung zielt nicht so sehr auf das, was der einzelne Heranwachsende gegenwärtig für sein Gemeinwesen unmittelbar zu leisten hat, sondern auf das aus dem Gleichgewicht geratene System der Rechte und Pflichten zwischen den Generationen (Generationenvertrag). Freiwilligendienste sind so zu konzipieren, dass sie nicht eine zusätzliche Pflicht, sondern ein neues Recht konstituieren. Diese Perspektive zielt weit über die bloße Schaffung von zusätzlicher staatlicher Infrastruktur für die aktuelle Mangelverwaltung hinaus. Jugendgemeinschaftsdienste sollen einen Beitrag zur Verbesserung der Beteiligungsgerechtigkeit leisten. Die Begegnung mit fremden Sprachen und Kulturen, das Kennenlernen anderer Lebenswelten und Arbeitszusammenhänge, die Erfahrung des Gebrauchtwerdens bei der Übernahme von sozialen Verpflichtungen - all das sind Lernerfahrungen, die das Hineinwachsen in ein zivilgesellschaftlich begründetes Europa begünstigen werden. Schule, Universität und Berufsausbildung können diese Lernerfahrungen nur unvollständig vermitteln. Es bedarf der Ergänzung durch Angebote außerhalb staatlich organisierter Lehrveranstaltungen. Das Ziel ist eine aktive Gesellschaft, die niemanden durch ungleiche Lern- und Teilhabechancen ausgrenzt - eine Gesellschaft, in die sich alle einbringen können und wollen. Jugendgemeinschaftsdienste sind der Motor bei der Umsetzung dieser Vision. Sie sollen für möglichst viele Menschen Zugangs- und Beteiligungschancen öffnen und sichern und auf diesem Weg das vorhandene und das nachwachsende Sozialkapital pflegen und nutzen: Ich tue etwas für mich, indem ich etwas für andere tue. Die Botschaft von Jugendgemeinschaftsdiensten könnte lauten: Es gibt etwas jenseits von blinder Selbstaufopferung und rücksichtsloser Selbstverwirklichung. Engagement und Individualismus müssen keine starren Gegensätze sein. Bürgerschaftliches Engagement zielt auf eigensinnige, selbstbewußte Individuen, die mit ihrer Einmischung den sozialen Zusammenhalt stärken. Attraktivität und Akzeptanz von Freiwilligendiensten hängen davon ab, ob die Einsatzorte überzeugen und ob dass, was der Einzelne dort leistet, ihm sinnvoll

erscheint. Wenn die Nachfrage nach Freiwilligendiensten gestärkt werden soll, könnte man den Freiwilligen beispielsweise die finanzielle Grundausstattung in Form von Gutscheinen überlassen, so dass ein Wettbewerb der Träger um einzelne Freiwillige in Gang kommen kann. Damit würde auch die Chance auf das Angebot neuer, attraktiver Freiwilligenplätze steigen. Dies ist durchaus nicht gegen die großen, etablierten Träger gerichtet, wohl aber als Ermutigung an die Adresse der weniger festgelegten, kleineren Anbieter und als Aufforderung an die Freiwilligen selbst, sich ihre Aufgabenfelder eigenverantwortlich zu suchen und zu gestalten. Freiwillige könnten ihren Dienstplatz dort „kreieren“, wo es um von ihnen selbst wahrgenommene Defizite und Probleme der Gesellschaft geht: Zum Beispiel dort, wo ein Jugendzentrum fehlt, wo ausländische Klassenkameraden in der U-Bahn malträtirt wurden, oder im Biosphärenreservat, wo die zu Hause gebliebenen Jungstörche den Winter nicht überlebt haben. Ohne die Einbeziehung der Freiwilligen wird es nicht gelingen, neue, attraktive Ansatzpunkte für Freiwilligkeit im großen Umfang zu entdecken und die derzeit rund 20.000 Freiwilligenplätze auf eine Größenordnung über 100.000 zu steigern. Eine solche Entwicklung muss zunächst auch unabhängig vom weiteren Schicksal der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes ins Auge gefasst werden, wenn man am Ziel der aktiven Bürgergesellschaft und der nachhaltigen Verbesserung der Sozialqualität im Gemeinwesen festhalten will.

Es sollte nicht übersehen werden, dass in diesem Fall nicht weniger die soziale Regenerationsfähigkeit unserer so vorbildlos schnell gewordenen Gesellschaft auf der politischen Agenda steht. Für Ihre Arbeit als Enquete-Kommission und für die anschließende Arbeit des Gesetzgebers gilt damit auch, dass doppelt gibt, wer schnell gibt! Vielen Dank!